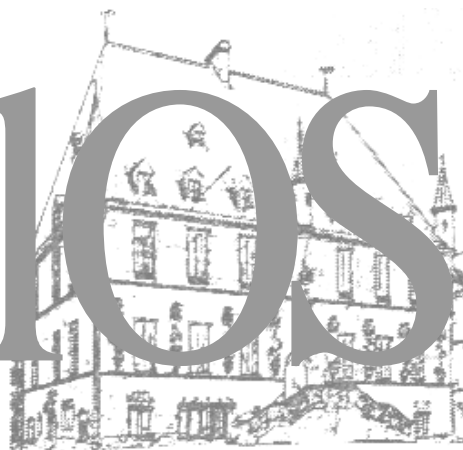


Marx ist tot ?



KarLOS

September 2008



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei - Osnabrück

18. September 2008:

Die Belegschaft hat Fragen – die Geschäftsführung Antworten???

Vor fast einem Jahr (1. Oktober 2007) der „schwarze Montag“, nun der „schwarze Donnerstag“ - das Ende für den Fahrzeugbau? Gibt es noch eine Chance, dass Osnabrück Autostadt bleibt? Die Nerven liegen blank, das „Betriebsklima“ ist nach vier Jahren Entlassungen und Angst auf dem Tiefpunkt – häufigste Frage: „Wie viel Abfindung gibt es noch?“ Die Belegschaft erwartet Antworten – über die Stilllegungs- und Entlassungspläne, aber auch über die Zukunft des Autostandortes Osnabrück.

Wird die Geschäftsführung konkrete Antworten geben? Oder wird sie nur offiziell verkünden, was über die Führungskräfte eh schon alle wissen: der in Zukunft vorgesehene Zuschnitt der Geschäftsbereiche? Vor allem die Beschäftigten im Fahrzeugbau erwarten konkrete Antworten der Geschäftsführung auf ihre Fragen:

- ? Wie viele Entlassungen soll es noch geben?
- ? Wann und zu welchem Datum sollen diese ausgesprochen werden?
- ? Wie will die Geschäftsführung den nächsten Sozialplan gestalten – Höhe der Abfindungen, Transfergesellschaft?

Doch auch die übrigen Beschäftigten wollen wissen:

- ? wie lange würden ohne Fahrzeugbau in Osnabrück noch Verdecke produziert und nicht nur entwickelt?
- ? Welche Zukunft hätte die Entwicklung von Verdecken ohne Produktion?
- ? Was passiert mit der Fertigung von Betriebsmitteln, Pressteilen und

Rohbaumodulen, wenn sie nicht verkauft wird - stückweise Schließung?

? Warum hat die Geschäftsführung angesichts der Probleme in der Auftragsfertigung von Gesamtfahrzeugen nicht früher Ersatzarbeitsplätze geschaffen, z.B. mit Elektrofahrzeugen?

Weiter Autos aus Osnabrück?

Glaubt noch jemand an einen Auftrag für ein Gesamtfahrzeug? Die Entwicklung der Branche „Auftragsfertiger“ (siehe „Ebbe im Überlaufbecken“) spricht nicht gerade dafür...

Vor diesem Hintergrund ist eine Zukunft für den Fahrzeugbau wohl nur noch denkbar über einen Betriebsübergang oder eine strategische Partnerschaft mit einem Autohersteller, „der ein eigenes Produkt mitbringt“ (W.D. Karmann, Neue Osnabrücker Zeitung - NOZ, 19.06.2008).

„Auf jeden Fall liege die Sicherung möglichst vieler Arbeitsplätze bei Karmann auch im Interesse der Eigentümer“, versicherte Wilhelm Dietrich Karmann (NOZ, 19.06.2008).
Schöne Worte – doch:

? Welchen Auftrag für einen möglichen Verkauf haben die Eigentümer ihren Investmentbanken erteilt – „Sicherung möglichst vieler Arbeitsplätze“ oder Erzielung eines möglichst hohen Kaufpreises?

? Gibt es keine Interessenten – oder scheitert bisher ein möglicher Betriebsübergang zur „Sicherung möglichst vieler Arbeitsplätze“ an den Forderungen der Karmann-Eigentümer?

Auch diese Fragen sollten wir Beschäftigten „unseren“ Unternehmern stellen.

Kein Geld für den Sozialplan?

Und eine Illusion sollten wir den Eigentümern ganz schnell nehmen: dass nämlich mit einem Billig-Sozialplan eine Schließung für sie günstiger würde als ein „billiger“ Verkauf. Über hundert Jahre lang, oft in mehreren Generationen, haben Arbeiterinnen und Arbeiter, Techniker, Ingenieure und Kaufleute privaten Reichtum auf den Konten dieser Damen und Herren angehäuft – laut manager-magazin (spezial, Oktober 2007) immerhin **0,40 Milliarden Euro**. Jahrzehntelang wurde ein Teil der Gewinne, die wir als Beschäftigte der GmbH erarbeitet haben, an die Karmann KG weitergereicht und so „versteckt.“ Können sie da erwarten, dass wir es kampflos hinnehmen würden, wenn unsere Arbeitsplätze plattgemacht und wir dann noch möglichst billig abgesspeist werden sollten?

Neulich beim Bier unter Kollegen...

Martin: Alles Quatsch, was der Betriebsrat da schreibt: „Eigentum verpflichtet“! Warum soll Herr Karmann nicht nach seinem Belieben den Fahrzeugbau schließen können, wenn er keine Aufträge mehr bekommt und ihm ein Verkauf nicht genug einbringt? Würdet Ihr an seiner Stelle nicht auch versuchen, den Betrieb so teuer wie möglich zu verkaufen und den Sozialplan so billig wie möglich zu machen? Gehört ihm seine Fabrik oder gehört sie ihm nicht?

Michael: Sie gehört ihm.

Martin: So. Dieser Tisch zum Beispiel gehört mir. Jetzt frage ich euch: kann ich mit diesem Tisch machen, was ich will?

Andreas: Ja, Martin. Mit diesem Tisch kannst Du machen, was Du willst.

Martin: So. Kann ich ihn zum Beispiel auch kurz und klein schlagen, wenn ich will?

Antonio: Ja, diesen Tisch kannst Du kurz und klein schlagen, wenn Du willst.

Martin: Aha! Kann also Herr Karmann mit seiner Fabrik, die ihm gehört wie mir mein Tisch, machen, was er will?

Michael: Nein.

Martin: Wieso nicht?

Michael: Weil er zu seiner Fabrik uns Arbeiter braucht.

Martin: Wenn er aber sagt, er braucht uns jetzt nicht?

Mehmet: Martin, Du weißt doch selber, wie das ist: er kann uns einmal brauchen und einmal nicht brauchen.

Antonio: Richtig.

Mehmet: Wenn er uns braucht, müssen wir da sein, und wenn er uns nicht braucht, dann sind wir eben auch da. Wo sollen wir hin? Und das weiß er. Er braucht uns nicht immer, aber wir brauchen ihn immer. Damit rechnet er. Der Herr Karmann hat doch da seine Maschinen stehen. Das ist aber unser Handwerkszeug. Wir haben doch sonst keines. Seine Fabrik gehört ihm, aber wenn er sie zumacht, nimmt er uns damit unser Handwerkszeug weg.

Martin: Weil ihm unser Handwerkszeug gehört wie mir mein Tisch.

Antonio: Ja, aber findest Du das denn richtig, dass ihm unser Handwerkszeug gehört?

Martin (laut): Nein! Aber ob ich es richtig finde oder ob ich es nicht richtig finde, deswegen gehört es ihm doch. Es kann ja jemand auch nicht richtig finden, dass mir mein Tisch gehört.

Andreas: Da sagen wir: es ist ein Unterschied, ob Dir ein Tisch gehört oder eine Fabrik.

Anna: Ein Tisch kann Dir natürlich gehören, ein Stuhl auch. Das schadet doch niemand. Wenn Du ihn auf den Dachboden stellst, was soll das schon schaden?

Aber wenn Dir eine Fabrik gehört, dann kannst Du damit vielen hundert Menschen schaden.

Mehmet: Denn Du hast in Deinem Besitz ihr Handwerkszeug und kannst damit die Menschen ausnutzen.

Martin: Ja, also er kann uns ausnutzen. Tut doch nicht, als wenn ich das noch nicht gemerkt hätte in dreißig Jahren. Nur eines habe ich nicht bemerkt, nämlich dass man dagegen etwas hätte machen können.

Antonio: Martin, wir sind also jetzt, was das Eigentum des Herrn Karmann betrifft, so weit, dass seine Fabrik ein ganz anderes Eigentum ist als zum Beispiel Dein Tisch. Er kann sein Eigentum dazu benutzen, um uns auszunutzen.

Mehmet: Und sein Eigentum hat noch etwas Eigentümliches an sich: ohne dass er uns damit ausnutzt, ist es für ihn überhaupt nichts wert. Nur solange es unser Handwerkszeug ist, ist es für Ihn viel wert. Wenn es nicht mehr unser Produktionsmittel ist, ist es ein Haufen altes Eisen. Er ist also auch auf uns angewiesen mit seinem Eigentum.

Martin: Gut, aber wie wollt ihr ihm das beweisen, dass er auf uns angewiesen ist?

Andreas: Denk mal an letztes Frühjahr – der Streit um ERA! Wenn einer von uns, zum Beispiel Michael, hinaufgeht zum Herrn Karmann und sagt: Herr Karmann, ohne mich ist Ihre Fabrik ein Haufen altes Eisen, und Sie können mich also nicht einfach entlassen, wie es Ihnen beliebt, dann lacht der Herr Karmann und - schmeißt den Michael hinaus. Aber wenn wir alle dastehen und das gleiche

sagen, dann lacht Herr Karmann nicht mehr...



Es ist Krieg, was sonst?

In Afghanistan sterben immer mehr deutsche Soldaten; erstmals werden eine afghanische Frau und zwei Kinder von einem Bundeswehrposten erschossen. „Irrtümlich“. Doch führende deutsche Militaristen haben nichts Besseres zu tun, als sich zu streiten, ob dort Krieg stattfindet. Minister Jung verharmlost den deutschen Part zur humanitären Hilfsmision - Oberst Gertz, Chef des Bundeswehrverbandes, nennt das Verschleierung, Deutschland sei in einem Krieg. Die getöteten Bundeswehrsoldaten seien nicht „ums Leben gekommen“, sondern „für Deutschland gefallen“. Klar, wenn schon Krieg, dann muss auch die deutsche Tradition der Heldenverehrung zur Geltung kommen. Wofür eigentlich lässt Jung in der Hauptstadt die neue Gedenkstätte errichten? Für „Einsatzgeschädigte“ oder für die neue Generation der „im Dienst Gefallenen“?

Im Oktober steht im Bundestag die Verlängerung des „Afghanistan-Mandats“ an. Da will Jung jede Debatte über einen Abzug der Bundeswehr unterbinden. Wer jetzt diese Diskussion führen wolle, „betreibt das Geschäft derjenigen, die unsere Soldaten gefährden“. Der Taliban also. Eine wunderbare Logik: Weil die Taliban die Stimmung der meisten Deutschen gegen den Krieg „klar registriert“ und deshalb die Bundeswehr „gezielt als Anschlagobjekt ausgewählt“ hätten, wird jede Diskussion über den Sinn dieses Krieges in die Nähe von Vaterlandsverrat gerückt. Derweil verteidigt die Bundeswehr am Hindukusch die „demokratischen Werte“.

Der Kriegseinsatz soll verlängert und um eintausend Krieger ausgeweitet werden, obwohl über 60 Prozent der Deutschen dagegen sind, obwohl wegen Afghanistan die Frei-

willigenmeldungen um 60 Prozent zurückgegangen sind und 10 Prozent der Offiziersanwärter der Truppe davon laufen.

Gegen dieses Diktat des Militarismus richtet sich die Demonstration der Friedensbewegung in Berlin und Stuttgart am 20. September.

Oberst Gertz verlangt, die deutsche Öffentlichkeit „in aller Klarheit“ für den Krieg einzunehmen, weil sonst „unsere Gesellschaft nicht versteht, was wir in Afghanistan wollen“. Ist es jetzt etwa der Bundeswehrverband, der „in aller Klarheit“ darüber aufklärt, dass das „deutsche Interesse“ dort darin besteht, als „Gestalter und Träger internationaler Politik“ (Verteidigungspolitische Richtlinie von 2003) aktiv dabei zu sein, den strategischen Raum Afghanistan für die Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens durch die US-geführte NATO zu sichern? Deshalb können die USA ja darauf drängen, „dass die Deutschen sich am schmutzigen Krieg im Süden beteiligen, und je mehr die Deutschen dem nachgeben, wird das Töten und Getötetwerden im staatlichen Auftrag zum Alltag werden“. (Süddeutsche Zeitung, 2. 9. 2008) Nicht genug, dass tausende afghanische Zivilisten den Operationen von ISAF und OEF zum Opfer gefallen sind, tönt Jung in Kabul: „Ich verstehe unter Krieg etwas anderes“, und sagt sein Ministeriumssprecher zu den getöteten Soldaten, der Begriff „gefallen“ sei eindeutig dem Krieg zuzuordnen, „und so weit sind wir noch lange nicht“. (FAZ, 4. 9. 2008)

Wie weit sollen sie diesen Krieg noch treiben dürfen, der bereits länger andauert als der zweite Weltkrieg? An dessen Eskalation ist die Bundes-

wehr mit der Aufstockung ihrer Truppe, mit dem Einsatz deutscher „Tornados“ und demnächst der AWACS-Flugzeuge, mit der Gestellung der schnellen Eingreiftruppe der NATO, massiv beteiligt.

Über die Beendigung des Krieges, über den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan soll jede Diskussion gefälligst aufhören, so wünscht es der Herr Minister. Er huldigt der militaristischen Logik, dass der Krieg dort noch mindestens zehn Jahre dauern wird und durch intensivere Kriegführung doch noch zu gewinnen ist. Dafür trotten Bundeswehrführung und Bundeswehrverband im Gleichschritt.

Demgegenüber fordert die Friedensbewegung den Abzug der Truppen aus Afghanistan. Nur so, heißt es treffend im Aufruf zu der Demonstration am 20. September, werde dem Land eine Chance zu einer friedlichen Entwicklung eröffnet. Das Sterben kann nur aufhören, wenn der Krieg beendet wird.

Gerd Deumlich

„Bild“ macht mobil

Die „Bild“ hat ihn aufgetrieben: Markus M. Einen arbeitslosen Fernmeldetechniker, wie das Schmierblatt schreibt. Und der beschleißt den Staat.

Er ist Hartz-IV-Empfänger. So es ihn wirklich gibt, kassiert „der Hartz-IV-Betrüger“ neben den staatlichen Leistungen auch noch bis zu 1 000 Euro monatlich für Schwarzarbeit.

Er arbeite bei Firmen, die keine unangemeldeten Besucher fürchten müssen, schreibt „Bild“. Welche das sein sollen, verschweigt das Blatt. Es geht ja schließlich um die Geschichte des „Hartz-IV-Betrügers“. Das ist der, der am 20. des Monats nichts mehr im Kühlschrank hat und daher schwarz arbeitet. Und der, nicht der für vier Euro Stundenlohn arbeiten will. Dagegen macht „Bild“ mobil.

Es ist nicht die erste Kampagne, und die Ankündigung der Fortsetzung lässt Übles erahnen: Da kommt beispielsweise zur Verunglimpfung der ALG-II-Empfänger „wie dreist die Klagen“ mancher Hartz-IV-Bezieher seien noch eine gehörige Portion Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hinzu, wenn „Enthüllungen“ ange-



www.unsere-zeit.de
UZ - Zeitung der DKP

Abo & Informatio
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll